

„Liberté, Égalité, Flashball“¹

Die militarisierte Repression der französischen Gelbwestenbewegung

von Sven Wachowiak

„Es gibt drei Arten von Gewalt. Die Erste, Mutter aller anderen, ist die institutionelle Gewalt, welche Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung legalisiert und perpetuiert und Millionen von Menschen zwischen ihren lautlosen, gut geölten Rädern zermalmte.

Die Zweite ist die revolutionäre Gewalt, geboren aus dem Willen, die Erste abzuschaffen.

Die Dritte ist repressive Gewalt, deren Ziel es ist, die Zweite zu ersticken, indem sie sich zur Gehilfin und Komplizin der Ersten Gewalt macht, die alle anderen erzeugt.

Es gibt keine schlimmere Heuchelei, als nur die Zweite Gewalt als solche zu bezeichnen, und so zu tun, als vergesse man die Erste, die sie gebiert, und die Dritte, die sie tötet.“

Dom Helder Pessoa Câmara (1909 – 1999)²

Die Gelbwesten sind unkaputtbar: Seit vier Monaten gehen im (nach Gesamtvermögen) sechstreichsten Land der Welt jede Woche an die hunderttausend Menschen³ jeden Alters und Geschlechts auf die Straße, um für ihre elementarsten Rechte zu kämpfen. Eine geplante Erhöhung der Benzinsteuern diente der Bewegung als Initialzündung, die neoliberale Charaktermaske Macron als Katalysator. Im Nu ist die Bewegung, die einen bemerkenswerten Selbstverständigungs- und Politisierungsprozess durchlaufen hat, über ihren ursprünglichen Anlass hinausgewachsen.

Die Kaufkraft steht jedoch auch weiterhin im Zentrum der Forderungen. Dass diese laut Statistikamt INSEE angeblich Jahr für Jahr steigen soll, halten viele Franzosen für einen absurden Witz: Viele kommen trotz Vollzeitbeschäftigung bis zum Monatsende nicht mehr über die Runden. Die größte Sorge dieser „unteren Schichten“ besteht mitnichten darin, wie Spiegel Online⁴ behauptet, „Champagner und Austern“ nicht gegen „Bier und Chips“ eintauschen zu wollen. Drei Fakten veranschaulichen den sozialen Niedergang des Landes: • Die Immobilienkaufkraft eines französischen Durchschnittsjahreseinkommens hat sich innerhalb einer Generation halbiert (wodurch die Arbeiterschaft aus den Innenstädten und in die Dieselabhängigkeit getrieben wurde). • Eine aktuelle Studie der staatlichen Forschungseinrichtung Inserm (Institut national de la santé et de la recherche médicale) führt jährlich zwischen 10.000 und 14.000 Todesfälle in Frankreich auf die psychischen, sozialen und gesundheitlichen Folgen der Arbeitslosigkeit zurück. • 2018 starben in Frankreich nach einer unvollständigen Zählung der Organisation „Les Morts de la Rue“ mindestens 566 Obdachlose elendig auf der Straße, darunter 50 Frauen und 13 Minderjährige (Durchschnittsalter: 48 Jahre).

Es ist die systemische Gewalt dieses Produktions- und Verteilungssystems, die die Menschen empört und auf die Straße treibt. Der Staat bekämpft die Proteste mit aller Härte. Dabei kommen auch paramilitärische Waffen von Tränengas- bis hin zu leichten Sprenggranaten zum Einsatz, die eine inzwischen nicht mehr überschaubare Anzahl von Verletzten gefor-

dert haben. Der wachsenden Empörung über die staatlichen Gewaltexzesse wissen Präsident Macron und seine Regierung nichts entgegenzusetzen, als beredtes Schweigen und unerträglichen Zynismus.

I.) Gewalt und Gegengewalt

a) Macron als Vollender des neoliberalen Projekts in Frankreich

Der Politologe Philippe Marlière beschreibt die in den Monaten auf den Amtsantritt Emmanuel Macrons folgende Reformoffensive als einen „neoliberalen Blitzkrieg“.⁵

Noch im September 2017 leitete Macron mit einer Reihe von Dekreten die Reformierung des französischen Arbeitsrechts (Code du Travail) ein, ein Schnellverfahren, willfährig sekundiert von der mehrheitlich in den Händen der Macron-Partei La République en Marche (LREM) befindlichen Nationalversammlung. Im Ergebnis sollen, ähnlich wie bereits bei der Schröderschen Reformagenda (und anderen neoliberalen Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre), die in vielen Bereichen noch bestehenden Verhandlungsmonopole der Gewerkschaften gesprengt, Flächentarifverträge ausgehöhlt und die französischen Arbeitsverhältnisse insgesamt nach Wunsch des Kapitals „flexibilisiert“ bzw. (ins 19. Jh zurück-) „modernisiert“ werden.

Wie bereits im Wahlkampf angekündigt, wurde die Vermögenssteuer ISF (impôt de solidarité sur la fortune) in eine reine Immobiliensteuer umgewandelt, womit drei Viertel der bisherigen Staatseinnahmen aus dieser Steuer wegfallen. Die Prioritäten liegen klar zutage: Ursprünglich für 2019 eingeplant, wurde diese Maßnahme auf Wunsch der Bosse des CAC 40 (Leitindex der 40 umsatzstärksten Aktiengesellschaften) um ein Jahr vorgezogen;⁶ obwohl sich laut Umfrageinstitut IFOP heute 77% der Franzosen für eine Wiedereinführung des ISF aussprechen,⁷ lehnte Macron eine Revision der Reform in einer Fernsehansprache am 10. Dezember 2018, auf dem Höhepunkt der „Gelbwesten-Krise“, kategorisch ab. Als zusätzliches Steuergeschenk an die Elite trat im Januar 2018 eine Flatrate von 30% bei der Besteuerung von Kapitalerträgen in Kraft (unter Hollande unterlag die höchste Besteuerungsstufe noch einem Satz von 60,5%).

Die bisher von allen Arbeitenden zu zahlenden Sozialabgaben für Arbeitslosigkeit (2,4%) und Krankheit (0,75%) wurden zu Beginn des Jahres 2018 gestrichen. Die dadurch entstehende Lücke wurde durch eine Erhöhung der allgemeinen Sozialabgabe CSG (contribution sociale généralisée) von 7,5% auf 9,2% kompensiert. Unterschied zu vorher: Die CSG wird von sämtlichen Steuerzahlenden, also auch von den Rentnern bezahlt. Macron fühlt ihren Schmerz: „Mir ist klar, dass ich den Älteren eine Anstrengung abverlange und dass manche hin und wieder stöhnen. Das macht mich nicht unbedingt populär, aber ich stehe dazu.“⁸

Darüber hinaus wurde im Namen der Budgetkonsolidierung beschlossen (Ersparnis von 1,8 Milliarden Euro für den Staatshaushalt), die Koppelung der Renten an die Inflationsentwicklung für die Jahre 2019 und 2020 auszusetzen, was bei einer Inflation von 1,5% und einem Rentenanstieg von 0,3% (2018) im Ergebnis auf eine drastische Kürzung hinauslaufen wird.

Zu den Wahlversprechen Macrons gehörte auch eine umfassende Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes: 120.000 Stellen sollen gestrichen werden, um den Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 54,7% auf 51,1% zu senken, überhaupt soll der Beamtenstatus „modernisiert“ werden.⁹

Eine ähnlich hohe Priorität genießt die Privatisierungsagenda, derzufolge der Staat seine Anteile an einer ganzen Reihe von strategischen Unternehmen abgeben soll. Per Dekret eingeleitet wurde bereits die Reform der staatlichen Bahngesellschaft SNCF, die in eine besondere Aktiengesellschaft umgewandelt und, wie ab 2020 von der EU vorgeschrieben, für den Wettbewerb mit ausländischen Anbietern geöffnet werden soll. Im Zuge der Reform soll auch der beamtenähnliche Status der Eisenbahner langfristig abgeschafft werden.

Während Macron der arbeitenden Bevölkerung (ohne Ausnahme der Alten, Schwachen und Kranken) besondere Anstrengungen abverlangt und Umstrukturierungen, Stellenabbau und Arbeitsverdichtung bereits schwere Krisensymptome (nicht nur) im öffentlichen Dienst erkennen lassen (Anstieg der Selbstmordrate u.a. bei der Polizei und im Gesundheitswesen), feiert das große Kapital umso beschwingter seine Orgien. Multimilliardäre wie der Telekomunternehmer Xavier Niel (geschätztes Vermögen: 7 Mrd. Euro) können ihr Glück kaum

fassen: „Wir haben einen Superpräsidenten [...] Er bringt zurzeit fantastische Gesetze auf den Weg“.¹⁰

Es ist jedoch nicht zuletzt die Persönlichkeit dieses Superpräsidenten, die sich aufgrund ihrer allzu karikatürhaften Charaktermaskenhaftigkeit für die Gelbwesten seit Beginn der Bewegung zu einem verlässlichen Mobilisierungsfaktor entwickelt hat. Macron, ideologisch rundgespült in den einschlägigen Elitehochschulen Sciences-Po und ENA, schwitzt seinen Klassenhass geradezu aus, ohne sich dessen erwehren zu können. Politisches Kalkül dürfte jedenfalls kaum am Werk sein, wenn er die Gegner seines Reformprogramms „Faulpelze, Zyniker und Extreme“¹¹ und „viele der Arbeiter [...] Analphabeten“ nennt, den streikenden Arbeitern in Lunel erklärt: „Ihr macht mir keine Angst mit eurem T-Shirt. Arbeiten ist das beste Mittel, um sich einen Anzug leisten zu können“ und auf einer Unternehmensversammlung die Überlegung zum Besten gibt: „Ein Bahnhof ist ein Ort, an dem man Leute trifft, die es zu etwas gebracht haben und Leute, die nichts sind“.

b.) Die Gelbwestenbewegung im Wandel

Zur Initialzündung für die Gelbwestenbewegung wurde die von Macron für 2019 angeordnete Erhöhung der Spritsteuer auf Benzin und Diesel um vier Prozent.¹² Sie nahm vor allem in

Was wollen die Gelbwesten?

Eine Darstellung des gesamten Spektrums der Forderungen, welche sich aus dem Keim der Spritsteuererhöhung quasi organisch zum Thema der Steuergerechtigkeit und der Verteilungsfrage weiterentwickelt haben, würde den Rahmen dieses Kastens sprengen. In schriftlicher Form wurden die Misstände zunächst u.a. in Beschwerdebüchern (cahiers de doléances) der Gemeinderathäuser aufgelistet, denen bereits in der französischen Revolution eine bedeutende Rolle zukam. Darin erschien bspw. gehäuft die Forderung nach der Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die wohl weiteste Verbreitung in den französischen Medien fand eine Liste von 42 konkreten sozialen Forderungen, die am 28. November auf Initiative einer Demonstrantin aus dem Département Sarthe ins Netz gestellt wurde.¹ An erster

Stelle steht die Forderung: „Schluss mit Obdachlosigkeit: DRINGEND“. Darüber hinaus wird gefordert, den Mindestlohn auf 1.300 Euro anzuheben und den Maximallohn auf 15.000 Euro zu begrenzen, das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre abzusenken und eine Mindestrente von 1.200 Euro festzulegen. Gefordert wird auch ein Verbot der Verschleuderung französischen Staatseigentums, eine proportionale Besteuerung, ein einheitliches Sozialversicherungssystem, ein Ende der Austeritätspolitik und vieles mehr. An erster Stelle der aus einer Umfrage unter 465 Teilnehmern ermittelten „Prioritären Vorschläge der Gelbwesten von Toulouse“ steht die Einführung eines obligatorischen Referendums durch Bürgerinitiative (Référéndum d'initiative populaire, RIC), welches den Grundstein für eine

direkte(re) Demokratie bilden soll.² Viele Gelbwesten stellen das politische und institutionelle System der Fünften Republik infrage und experimentieren in Gedanken und Praxis mit alternativen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens: „Der Aufruf der Gelbwesten in Saint-Nazaire (24. November) schlägt vor, Volksversammlungen im Herzen der politischen Entscheidungsfindung abzuhalten, in den Präfekturen und Unterpräfekturen. Der Text der ‚Gascogner Gelbwesten‘ bezieht sich auf die Französische Revolution, die Pariser Kommune, die russischen Räte von 1905, den ungarischen Aufstand von 1956, Chiapas und Rojava. In Commercys sprechen sich die Gelbwesten für Volkskomitees aus. Es ist von direkter Demokratie die Rede, basierend auf Nachbarschaftsversammlungen.“³



Quelle: Thomas Bresson / CC BY 4.0.

Anmerkungen

- 1 In deutscher Übersetzung unter: https://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/181206_Forderungen-der-Gelbwesten.pdf
- 2 Cahier des propositions prioritaires des gilets jaunes de Toulouse suivant un questionnaire remis à 465 votants, in: Le fond de l'air est jaune. Comprendre une révolte inédite, Seuil 2019, S. 161
- 3 Ludivine Bantigny, Un événement, in: Le fond de l'air est jaune. Comprendre une révolte inédite, Seuil 2019, S. 62

den Provinzstädten und ländlichen Gebieten ihren Anfang, wo 80% der Arbeitenden PKW-abhängig und also von der Steuererhöhung ungleich stärker betroffen sind. Obwohl von der Regierung als Meilenstein der „ökologischen Transition“ dargestellt – ein Framing, welches von einem Großteil der Presse, auch im deutschsprachigen Raum, unhinterfragt übernommen wurde (Tagesspiegel: „Kaufkraft contra Klima“¹³, SRF: „Wenn Gelbwesten wegen grüner Politik rot sehen“¹⁴) – war bereits seit langem bekannt, dass die Spritsteuererhöhung primär dem Ausgleich des Staatshaushalts dienen sollte.¹⁵

Ab Ende Oktober 2018 wurden landesweit hunderte von Verkehrskreiseln, Autobahnmautstellen, Tankdepots und Supermarktzufahrten blockiert. Vor allem aber auf den sogenannten Ronds-Points, den Verkehrskreiseln (wovon es in Frankreich 30.000 gibt, mehr als in jedem anderen Land) wurden Straßensperren und Blockaden eingerichtet. Die Bewegung wurde von den staatlichen Behörden toleriert, solange sich ihre Forderungen primär auf die geplante Erhöhung der Spritsteuer bezogen (Auch die höchsten Unterstützungswerte in der französischen Bevölkerung datieren aus diesen Anfangstagen).

c) Repression

Als immer deutlicher wurde, dass die Demonstranten nicht im Sinn hatten, alsbald wieder abzuziehen, hatte es mit der anfänglichen Toleranz ein Ende. Ab diesem Zeitpunkt begann die Polizei, die mittlerweile auf den Kreiseln entstandenen provisorischen Baracken, Unterstände und Zelte systematisch zu zerstören und den Proviant der Demonstranten zu entsorgen. In Einzelfällen wurden die Kreisel bis zu viermal am selben Tag geräumt.¹⁶ Diese Zermürbungstaktik hatte zur Folge, dass die anfänglich kleinen Aktivistengruppen notgedrungen auf andere Aktionsformen ausweichen mussten und sich ab Mitte November 2018 zu den bis heute fortdauernden Samstagsdemonstrationen in den französischen Innenstädten zusammenfanden.

Da die meisten Gelbwesten Demo-Novizen waren, herrschte in den ersten Wochen allgemeines Chaos, wobei sämtliche Demoregeln geflissentlich ignoriert werden: „Es [gab] keinen Demonstrationszug, keine rechtlich Verantwortlichen, keine festgelegte Route, keine Ordnungskräfte und keine Flyer, Transparente oder Aufkleber, stattdessen Unmengen auf die Rückseite der gelben Warnwesten geschriebener persönlicher Statements.“¹⁷

François Boulo, ein prominenter Wortführer der Gelbwesten, berichtet: „Einige Strategien der Polizeiarbeit waren in dieser Form völlig neu. Ich kann mich erinnern, dass die Demonstranten in Paris ab Akt II schon um 8.30 Uhr morgens von der Polizei eingekesselt [„nassés“ = Polizeijargon, etwa: in die Enge treiben] und mit Tränengas besprüht wurden. Wenn man ab 8:30 Uhr oder 9 Uhr morgens Gas ins Gesicht bekommt, ist natürlich klar, dass das keinen guten Ausgang nimmt, weil die Leute versuchen, auszubrechen und dem Gas zu entweichen.“¹⁸ Von dem Polizeigewerkschafter Alexandre Langlois u.a. ist in diesem Zusammenhang jedoch darauf hingewiesen worden,¹⁹ dass bei Szenen wie der oben geschilderten auch die Bodeneinsatzkräfte, denen der Lageüberblick fehlt, zu unbewussten Spielfiguren der von den Einsatzzentralen aus gesteuerten Einkesselungsmanöver degradiert werden.

Auch die Polizei war mit der ungewohnten Situation heillos überfordert und wurde bei der Einnahme der Champs-Élysées durch die Gelbwesten am 1. Dezember, in deren Verlauf der Triumphbogen mit dem Slogan „Die Gelbwesten werden



Gelbwestenproteste am 9. Februar 2019. Quelle: Norbu Gyachung / CC BY-SA 4.0

siegen“ besprüht wurde, regelrecht überrannt und zurückgedrängt. Die schwere symbolische Niederlage, die der staatlichen Ordnungsmacht an diesem Tag zugefügt wurde, führte zu einer starken Intensivierung der Repression.

So betont die Historikerin Ludivine Bantigny das „nie dagewesene“ Ausmaß der polizeilichen Repression ab dem 1. Dezember: „Am 8. Dezember werden 1.300 Demonstranten vorübergehend festgenommen und mehr als 900 in Gewahrsam genommen: Dies hat es noch nie gegeben. Selbst während der ‚Nacht der Barrikaden‘ [am 10. Mai] 1968 hatte es nicht mehr als 300 Verhaftungen gegeben - und niemals präventive Verhaftungen, was dieses Mal ein erhebliches demokratisches Problem darstellt.“²⁰

Als sich etwa zeitgleich die französischen OberschülerInnen mit der Bewegung solidarisierten und ihre Schulen im Protest gegen die geplante Reform des Bildungssystems besetzten, reagierte der Staat mit aller Härte. Die Vermutung liegt nahe, dass ein Übergreifen der Bewegung auf weitere Bevölkerungsteile, in diesem Fall der für gefährlich erachtete Zusammenschluss von Gelbwesten und SchülerInnen, um jeden Preis verhindert werden sollte. Zum Symbol der staatlichen Repression wurde die am 6. Dezember gefilmte Erniedrigung dutzender OberschülerInnen in der nordfranzösischen Gemeinde Mantes-la-Jolie, während am selben Tag landesweit über 700 jugendliche Demonstranten in Polizeigewahrsam genommen wurden. Die Bilder der Mädchen und Jungen aus Mantes-la-Jolie, die von der Polizei verhöhnt und gezwungen wurden, mit gefesselten oder hinter dem Kopf verschränkten Händen am Boden zu knien, laufen jedem rechtsstaatlichen Verständnis zuwider. Sie gemahnen auch, wie mehrere Kommentatoren bemerkt haben, an die kolonialen Abschreckungspraktiken der Kollektivbestrafung bzw. -demütigung. Selbst die deutsche Bildzeitung sah darin „Bilder, die an Konflikte in fernen Ländern erinnern“.²¹

Auch weitere rechtsstaatliche Normen wurden ohne viel Aufhebens über Bord geworfen: Wie aus einem am 12. Januar 2019 an alle Pariser Staatsanwälte verschickten Weisungsschreiben des Pariser Generalstaatsanwalts (Procureur de la République) hervorgeht, wurde die Polizei angehalten, in Gewahrsam genommene Demonstranten auch bei unzureichender Beweislage und ohne begründeten Verdacht festzuhalten. Vorzugsweise bis zum späten Samstagabend oder frühen Sonntagmorgen, um zu verhindern, dass diese sich der Demonstration zu einem späteren Zeitpunkt wieder anschließen. Zudem erging die Weisung, die Personalien zeitweilig festgehaltener Demonstranten auch ohne erhärteten Verdacht

auf etwaige Straftaten in das Vorstrafenregister (traitement d'antécédents judiciaires, TAJ) aufzunehmen.²² Allein in den ersten drei Monaten der Mobilisierung wurden nach Angaben des Innenministeriums etwa 8.400 Personen vorläufig fest- und 7.500 in Polizeigewahrsam genommen, wovon 1.800 strafrechtlich verurteilt wurden und 1.500 Mitte Februar noch auf ihr Urteil warteten (Angaben vom 14. Februar 2018).²³

II.) Militarisierte Aufstandsbekämpfung

„Sollen die doch endlich mal richtig von ihren Waffen Gebrauch machen, wissen Sie, es reicht! Das geht jetzt schon eine Weile so, dass diese Schlägertypen, diese Drecksäcke der extremen Rechten oder der extremen Linken oder aus den Vorstädten herkommen um Polizisten zu verprügeln, es reicht! [...] Wir haben, meine ich, die viertgrößte Armee der Welt, die sind in der Lage diesen Schweinereien ein Ende zu setzen. Man muss die Dinge einmal ganz klar beim Namen nennen.“

Luc Ferry, Ex-Kulturminister, 7. Januar 2019 auf dem Sender Radio Classique

Seit mittlerweile über vier Monaten werden nach Angaben des Innenministeriums jeden Samstag bis zu 80.000 Polizisten mobilisiert. Neben der regulären Police Nationale befindet sich auch deren kasernierter Verband, die Compagnies Républicaines de Sécurité (CRS; deutsch Sicherheitskompanien der Republik), im Einsatz. Letzteren hat ihr außerordentlich brutales Vorgehen bei Großdemonstrationen in der Vergangenheit die populäre Umdeutung ihrer Abkürzung zu „Compagnie de Répression Syndicale“ (Kompanie zur Gewerkschaftsunterdrückung) eingetragen. Bei einer Großdemonstration gegen das Kernkraftwerk Creys-Malville im Juli 1977 schossen die CRS bspw. Blendgranaten in die Menschenmenge, töteten einen Demonstranten und verletzten Hunderte teils schwer. Darüber hinaus sind auch die spezialisierten Polizeieinheiten der BAC (Brigade anti-criminalité) und der BRI (Brigade de recherche et d'intervention, ugs. auch Antigangbrigade) im Einsatz, die sonst schwer bewaffnet gegen Organisierte Kriminalität und Terrorismus vorgehen und keinerlei Training oder Erfahrung im Umgang mit Demonstranten besitzen. Nachdem es im Rahmen der Samstagdemonstration des 16. März erneut zu Ausschreitungen auf den Champs-Élysées kam, wurden am darauffolgenden Wochenende in Paris erstmals auch Soldaten des Heeres mobilisiert, die im Rahmen des inländischen Anti-Terror-Einsatzes „Opération Sentinelle“ eigentlich potentielle Anschlagziele und Risikozonen im städtischen Raum schützen sollen.²⁴

a) Tränengas und Sprenggranaten

Am 8. August 2017 (also knapp drei Monate nach Amtsantritt der Macron-Regierung) veröffentlichte das Innenministerium eine Ausschreibung für einen vier Jahre laufenden Ausrüstungsauftrag in Höhe von 22 Mio. Euro für „CRC-Granaten und Wurfgeschosse mit Verzögerungseffekt“ zur Ausstattung der Police Nationale und der Gendarmerie. Da diese „provisorische“ Aufrüstung wohl nicht eben zufällig mit dem Beginn der Macronschen Reformoffensive zusammenfiel, sah sich das Wochenmagazin Marianne zu der Frage veranlasst: „Bereitet sich die Regierung Emmanuel Macrons auf eine von sozialen Unruhen geprägte Amtszeit vor?“²⁵

Tatsächlich schaffte es die Regierung Macron in ihrer ersten

Amtshalbzeit, den bisherigen Rekord beim quantitativen Einsatz von Granaten zu toppen. Bereits bei der Großoperation zur Räumung des Flughafengeländes Notre-Dame-Des-Landes durch die Gendarmerie im April 2018 kamen allein innerhalb der ersten acht Tage 11.000 Granaten zum Einsatz (darunter 8.000 Tränengas- und 3.000 Schockgranaten).²⁶

Dieser Rekord wurde dann allerdings bei der Bekämpfung der Gelbwestenproteste noch weit übertroffen. Bereits am zweiten Samstag der Mobilisierung (24. November) wurden nach Angaben der Polizeipräfektur allein in Paris etwa 5.000 Tränengasgranaten eingesetzt. Am dritten Samstag (1. Dezember) kamen in Paris bereits 10.000 Granaten, darunter 7.940 Tränengasgranaten, zum Einsatz.²⁷

Es scheint als Treppenwitz der Geschichte, dass das unter Napoléon III. umgestaltete Paris mit seinen breiten Straßenzügen zwar den Anforderungen der robusten Aufstandsbekämpfung des 19. Jahrhunderts perfekt entsprach, im heutigen Zeitalter (überwiegend) nicht-letaler Aufstandsbekämpfung allerdings auch entscheidende Nachteile mit sich bringt. Dies (und weitere Gründe) machten aus Sicht der französischen Sicherheitspolitik eine entsprechende Weiterentwicklung der Einsatzdoktrin und -mittel erforderlich. Ein Bericht des Innenministeriums von 2014 kommt zu dem Schluss: „Die Effizienz von Granaten mit alleinigem Tränengaseffekt ist erheblich verringert an sehr offenen, luftigen Orten, deren Sättigung nur für kurze Dauer anhält, während zugleich die von den Demonstranten ergriffenen Gegenmaßnahmen sehr effektiv bleiben. Sprenggranaten hingegen, gegebenenfalls kombiniert mit der Freisetzung eines unsichtbaren Tränengasprodukts (Mischefekt), behalten auch unter derartigen Umständen ihre Effizienz.“²⁸

Seit 2011 zählen auch explosive Granaten zum Aufstandsbekämpfungsarsenal der französischen Polizei. Damit ist Frankreich heute europaweit das einzige Land, das bei Demonstrationen explosive Granaten einsetzt. Im Rahmen der Gelbwestenproteste hat die GLI-F4, welche 25g TNT enthält, traurige Bekanntheit erlangt. Der Einsatz der Vorgängergranate vom Typ OF-F1 wurde 2014 von Innenminister Bernard Cazeneuve verboten, nachdem im Oktober 2014 bei Protesten gegen das Staudammprojekt Sivens ein Demonstrant durch eine solche getötet worden war. Seit Dezember bereitet eine Gruppe von Anwälten von Personen, die durch Granaten des Typs GLI-F4 verletzt wurden, die Einreichung eines Verbotsgesuchs beim französischen Staatsrat vor, um auch den Einsatz dieses Granatentyps verbieten zu lassen.

Dass die GLI-F4 nicht minder gefährlich ist als ihre Vorgängerin, hat sich bei den Gelbwestendemonstrationen zur Genüge gezeigt. Sie entfaltet bei ihrer Detonation eine dreifache Wirkung: Einmal entwickelt sie in einem 5-Meter-Radius eine ohrenbetäubende Lautstärke von 165 Dezibel (die menschliche Schmerzschwelle liegt bei etwa 130 Dezibel) und setzt eine unsichtbare Wolke aus CS-Pulver (Tränengas) frei: „Die Explosion hat einen psychologischen Schock und einen Erstikungseffekt beim Gegner zur Folge“.²⁹ Am verheerendsten aber wirkt ihr Explosionsdruck, der von einem Blitz und einer Stoßwelle begleitet wird.³⁰ Da sie von den ungleich harmloseren Tränengasgranaten optisch kaum zu unterscheiden sind, enden Versuche von Demonstranten, vermeintliche Tränengasgranaten außer Reichweite zu befördern, um sich selbst oder Mitdemonstranten zu schützen, immer wieder in schwersten Verstümmelungen. Dieser Mimikry-Effekt hat zum Nebeneffekt, dass die Demonstranten tatsächlichen Tränengasangriffen umso wehrloser ausgesetzt sind.

b) LBD (*lanceur de balle de défense*)

Die verheerenden „lanceur de balle de défense“ (LBD), kurzläufige Abschussvorrichtungen für Hartgummigeschosse, sollen den Polizisten eigentlich dazu dienen, gewalttätige Subjekte auf Distanz zu halten. Der erste „lanceur de balle de défense“ (LBD) im Einsatz wurde unter der Marke Flash-Ball vom Hersteller Verney-Carron hergestellt und vertrieben. In den 1990er Jahren beschloss die französische Regierung, einige Polizeieinheiten mit dieser Waffe auszustatten. Obwohl die französische Polizei heute das vom Waffenfabrikanten B&T in der Schweiz hergestellte Modell LBD 40 benutzt, welches eine höhere Präzision und Durchschlagskraft benutzt, werden die Waffen umgangssprachlich häufig noch fälschlicherweise als „Flash-Balls“ bezeichnet.

Laut offizieller Terminologie werden die LBD ausdrücklich nicht als „nicht-letale“ Waffen, sondern – feiner Unterschied – als „subletale Waffen“ oder auch „Waffen mit begrenzter Letalität“ qualifiziert. Deshalb sollten bei „richtiger Anwendung“³¹ nur der Torso oder die Extremitäten anvisiert werden. Aber auch dies ist noch keine Garantie für die „Nicht-Tödlichkeit“ der Waffe, wie der bisher einzige dokumentierte Todesfall durch LBD in Frankreich zeigt: 2010 starb in Marseille ein von einer LBD-Kugel in den Brustkorb getroffener Mann an einem Herzstillstand. Schließlich entwickelt das Projektil bei einer Geschwindigkeit von 320 km/h eine Druckkraft von 220 Joules. Zum Vergleich: Die Schlagkraft eines Profiboxers wird mit 100 Joules angegeben; außerdem gleicht das Material eines LBD-Projektils eher dem eines Golfballs, als dem eines Boxerhandschuhs.

Am 23. Dezember 2018 veröffentlichte das französische Innenministerium eine Ausschreibung über die Bestellung von 1.280 neuen LBD 40. Die Polizeigewerkschaft VIGI fordert zudem weitere Waffen. Darunter sogenannte Pepperballs (aus der Pistole abgeschossene Pfefferspraykugeln, die 2011 auch von der sächsischen Polizei in Dresden getestet wurden) und Gomm-Cogne (eine Art LBD in handlicher Ausfertigung).³²

c) Verletzte

Aufgrund der Quellenlage ist es schwierig, aktuelle und verlässliche Angaben über die Zahl der bisherigen Verletzten zu finden. Der kürzlich für seine Arbeit preisgekrönte freiberufliche Journalist David Dufresne führt jedoch auf seinem Twitter-Account «skrupulös und besessen, mit fast klinischer Gründlichkeit» (Le Monde)³³ Buch über jeden belegbaren Fall von Polizeigewalt im Rahmen der Demonstrationen. Diese Zählung verzeichnet seit Beginn der Bewegung im November letzten Jahres: 1 Todesfall, 222 Kopfverletzungen, 22 ausgeschossene Augen (viele durch LBD 40) und 5 durch Granaten abgerissene Hände (Stand: 22. März 2019).³⁴ Nach Angaben des Innenministeriums wurden seit Beginn der Bewegung 2.200 Demonstranten verletzt (Stand: 07. März 2019).³⁵

III.) Fazit

Emmanuel Macron repräsentiert, nimmt man das Ergebnis des ersten Wahldurchgangs unter Berücksichtigung der Enthaltungen zur Grundlage, nur ein Zehntel der französischen Wahlberechtigten. Der Rückhalt dieser Regierung ist derart minoritär, dass es bis Anfang März 13.095 LBD-Schüsse brauchte, um ihrem neoliberalen Reformprogramm den Weg freizuschließen.³⁶



Tränengaseinsatz, Paris, Dezember 2018. Quelle: Olivier Ortelpa / Flickr

Bis heute haben weder Macron noch seine Regierung den Opfern ihrer staatlichen Repressionen ein Wort der Anteilnahme, geschweige denn eine Entschuldigung gewidmet. Und dies, obwohl die militarisierte Repression der Gelbwestenbewegung durch mehrere internationale Organisationen scharf verurteilt wurde: Die Menschenrechtskommissarin des Europarats rügte das exzessive Vorgehen gegen Demonstranten und insbesondere den Einsatz der LBD-Gummigeschosse; Amnesty International veröffentlichte einen Bericht über die exzessive Gewaltanwendung gegen die Gelbwesten und auch die Hohe Kommissarin für Menschenrechte bei der UNO forderte eine Untersuchung der Polizeigewalt.

Angesichts eines so breiten Konsenses über die schweren Verfehlungen des französischen Staates bleiben den Verantwortlichen nur Leugnung und Realitätsflucht: Bei einer Zusammenkunft mit dem ägyptischen Diktator Al-Sissi in Kairo erging sich Macron in Lobeshymnen über die vorbildliche Arbeit der französischen Sicherheitskräfte, deren Qualität er daran bemisst, dass sie bisher noch keiner Person im Rahmen der Gelbwestendemonstrationen das Leben gekostet habe. Sieht man einmal davon ab, dass hier schlichtweg die Verantwortung der Polizei am Tod eines Menschen geleugnet wird, so zeigt das Beispiel, wie tief das Macron-Regime moralisch inzwischen gesunken ist. Ihm bleibt, um den Anschein der Legitimität zu wahren, offenbar keine andere Wahl, als immer weiter voranzupreschen.

Anmerkungen

- 1 Der Titel ist eine sarkastische Umdichtung des Wahlspruchs der französischen Republik („Liberté, Égalité, Fraternité“). Popularisiert wurde er im Rahmen der Gelbwesten-Proteste unter graphischer Bezugnahme auf ein gleichnamiges Mariannen-Motiv des Künstlers Shepard Fairey, das über dem Schreibtisch des Präsidenten Macron im Élysée-Palast hängt. In der abgewandelten Version der Gelbwesten ist eine Gesichtshälfte der Marianne blutig entstellt.
- 2 Dieses Eingangszitat des brasilianischen Erzbischofs und Befreiungstheologen wurde in Reaktion auf die völlig einseitige Presseberichterstattung der großen französischen Medien über die Gewalt der Proteste in den sozialen Medien tausendfach verbreitet und geteilt.
- 3 Diese Zahlenangabe bezieht sich auf die Zählungen der Organisation „Le Nombre jaune“ und der Polizeigewerkschaft „France Police – Policiers en colère“. Die Angaben des Innenministeriums liegen weit darunter.
- 4 Nils Minkmar, „Gelbwesten“-Randale in Frankreich: Sie wollen Macron den Marche blasen, www.spiegel.de, 03.12.2018
- 5 Philippe Marlière: Emmanuel Macron's Neoliberal Blitzkrieg,

- counterpunch.org, 26.01.2018
- 6 ISF : comment une réunion secrète a précipité la réforme sous la pression d'économistes et de grands patrons, francetvinfo.fr, 21.02.2019
 - 7 SONDAGE. 77% des Français souhaitent le rétablissement de l'ISF, www.lejdd.fr, 05.01.2019
 - 8 Hausse de la CSG: Macron "assume" de demander "un effort aux plus âgés", www.lexpress.fr, 02.03.2018
 - 9 Attac Fondation Copernic, Un business model au service des puissants, Les liens qui libèrent, 2018, S.123
 - 10 „On a un super président“ : le plaidoyer pro-Macron du patron de Free Xavier Niel, www.europe1.fr
 - 11 Marc de Boni, « Fainéants, cyniques, extrêmes » : Macron accusé d'insulter les Français, www.lefigaro.fr, 10.09.2017
 - 12 Die Bemühungen zeitigten Erfolg: Macron kündigte an, die Pläne für die Erhöhung der Ökosteuer auf Treibstoffe vorerst auszusetzen, bzw. rückgängig zu machen.
 - 13 Albrecht Meier, Kaufkraft contra Klima, www.tagesspiegel.de, 23.12.2018
 - 14 Alexandra Gubser, Wenn Gelbwesten wegen grüner Politik rot sehen, www.srf.ch, 01.12.2018
 - 15 Die Ausarbeitung dieses Plans kann in einem von Wikileaks veröffentlichten Mailwechsel zwischen dem heutigen Generalsekretär des Elysée, Alexis Kohler, und seinem Parteikollegen Laurent Martel im Detail nachvollzogen werden. Siehe z.B.: Luc Peillon u. Vincent Coquaz, Les MacronLeaks révèlent-ils que la taxe carbone visait à financer des baisses de cotisations patronales?, www.liberation.fr, 26.12.2018
 - 16 Thinkerview (Youtube-Kanal), Gilets Jaunes: Avant la révolution?, Interview mit François Boulo, https://www.youtube.com/watch?v=tR19_q2ytl8, 25.02.2019
 - 17 Samuel Hayat, L'économie morale et le pouvoir, in: Le fond de l'air est jaune. Comprendre une révolte inédite, Seuil 2019, S.25
 - 18 Thinkerview, ebd.
 - 19 Thinkerview (Youtube-Kanal), Violences policières et Gilets Jaunes, Interview mit Alexandre Langois, https://www.youtube.com/watch?v=b_yerNHpxQ4, 22.01.2019
 - 20 Bantigny, S.66
 - 21 Schock-Bilder aus Frankreich: SO nimmt Macrons Polizei Dutzende Schüler fest, www.bild.de, 07.12.2018
 - 22 „Gilets jaunes“ : une note du procureur de la République de Paris préconise de ne lever les gardes à vue qu'après les manifestations, www.francetvinfo.fr, 26.02.2019
 - 23 «Gilets jaunes»: près de 8400 interpellations depuis le début du mouvement, www.lefigaro.fr, 14.02.2019
 - 24 Siehe auch: Sven Wachowiak, *Opération Sentinelle – Wie Frankreichs Anti-Terror-Krieg nach Hause kommt*, IMI-Analyse 2017/36, 30. August 2017
 - 25 Robin Gabaston: Prévoyant, le gouvernement commande des grenades lacrymo pour 4 ans, www.marianne.net, 21.08.2017
 - 26 Guillaume Biet u. Mélanie Nunes, À Notre-Dame-des-Landes, une guerre d'usure oppose désormais gendarmes et zadistes, www.europe1.fr, 17.04.2018
 - 27 Jean-Michel Décugis u. Eric Pelletier, Gilets jaunes : près de 10000 grenades lancées samedi par les CRS à Paris, www.leparisien.fr, 02.12.2018
 - 28 Ministère de l'Intérieur, Rapport relatif à l'emploi des munitions en opérations de maintien de l'ordre, 13.11.2014, S.18
 - 29 Zitat von Oberst Stéphane Fauvelet vom „Centre national d'entraînement des forces de gendarmerie“ (CNEFG), ebd.
 - 30 Caroline Piquet, «Gilets jaunes»: des grenades GLI-F4 sont contestées, on vous explique de quoi il s'agit, www.lefigaro.fr, 07.12.2018 (Update am 11.02.2019)
 - 31 Die Polizeigewerkschaft Vigi beklagt die mangelnde Ausbildung an der Waffe: Um ihren LBD-Befähigungsnachweis zu erlangen oder zu erneuern, müssen Polizisten einmal alle drei Jahre fünf Kugeln auf eine menschliche Attrappe abgeben, wovon drei ins Ziel (Torso oder Extremitäten) treffen müssen. Siehe: Fédération CGT-POLICE, Le scandale de la formation des policiers au „lanceur de balle de défense 40x46“, dit LBD, www.police.cgt.fr, 25.11.2016 (Version von 2016), sowie: Vigi Ministère de l'Intérieur, LBD: le scandale de la formation, vigimi.fr, 21.01.2019 (Version von 2019)
 - 32 Offizieller Twitter-Account der Polizeigewerkschaft „Syndicat VIGI Police Ile-de-France“, twitter.com/syndvigi_pn_idf. Der Tweet wurde authentifiziert durch den Generalsekretär der Gewerkschaft, Alexandre Langlois, im bereits erwähnten Interview mit dem Youtube-Kanal [Thinkerview](https://www.youtube.com/watch?v=tR19_q2ytl8). ↑
 - 33 Zineb Dryef, „David Dufresne, la vigie des violences policières“, www.lemonde.fr, 26.01.2019
 - 34 « Bloquer le complexe militaro-industriel français, c'est bloquer l'économie de mort de ce système », www.bastamag.net, 22.03.2019
 - 35 „Gilets jaunes“: plus de 13.000 tirs de LBD depuis le début du mouvement, www.lepoint.fr, 07.03.2019
 - 36 Ebd.



Nr. 16, März 2019
Sven Wachowiak
Europa und das neoliberale Pilotprojekt Bosnien-Herzegowina:
Krieg – Besatzung – Ausbeutung – Repression

Informationen zu Politik und Gesellschaft
 Nachrichten, Berichte und Analysen aus dem Europäischen Parlament, Herausgegeben von Sabine Lösing, IMI

Herausgeber: Europäische Linke – Antifaschistisches Zentrum
 www.guen-engl.eu
GUE/NGL
 www.guen-engl.eu

Inhaltsangabe

Vorwort
 Einleitung
 1. Vom NATO-Krieg zum Protektorat
 2. Neoliberaler Umbau im Protektorat
 3. Assoziierungsabkommen: Fixierter Neoliberalismus und periphere EU-Integration
 4. Aufstand im neoliberalen Protektorat: Der bosnische Frühling 2014
 5. Weiter wie bisher: Die Reformagenda der Internationalen Gemeinschaft
 6. Proteste und (militärische) Kontrollversuche
 Fazit

Die Broschüre „Europa und das neoliberale Pilotprojekt Bosnien-Herzegowina: Krieg – Besatzung – Ausbeutung – Repression“ (Informationen zu Politik und Gesellschaft“, Nr. 16, März 2019) wird in Kooperation der IMI mit der Europaabgeordneten Sabine Lösing herausgegeben und kann gratis im Internet heruntergeladen werden. Durch diese Zusammenarbeit kann die Printversion – gerne auch in größerer Stückzahl – auch kostenlos (wahlkampfbedingt nur bis 18. April 2019) via E-Mail bestellt werden:

hannover@sabine-loesing.de oder postalisch bei Europabüro Sabine Lösing; Gosierede 8; 30159 Hannover.